

Neue

Freie
Zeitung

Nr. 12 · Donnerstag, 22. März 2018

€ 0,80

Österreichische Post AG

WZ 02032878 W

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 35 9
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

„Schütz' unser Länd“: FPÖ eröffnet Wahlkampf

Marlene Svazek und die Salzburger Freiheitlichen starteten jetzt mit Heimatverbundenheit in den Wahlkampf. Auf der ersten Plakatserie präsentieren sie ihre Themen Sicherheit, Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz mit den Titeln bekannter Salzburger Heimatlieder. [S. 13](#)



Foto: FPÖ Salzburg

Zuwanderung direkt in den Sozialstaat

SPÖ hat die Bildung islamischer Parallelgesellschaften im Sozialstaat ermöglicht [S. 2/3](#)



Budget 2018/19: Sparen und erste Entlastungen!

Koalition beginnt mit der Aufarbeitung der Schuldenerbschaft – [S. 4/5](#)

PARLAMENT

Roter Bauchfleck

Die von der SPÖ und der Liste Pilz gedachte Abrechnung mit FPÖ-Innenminister Herbert Kickl geriet zum veritablen politischen Bauchfleck. Denn die ganze „Causa BVT“ wird von der dem Justizminister unterstehenden Staatsanwaltschaft untersucht. [S. 6](#)

AUSSENPOLITIK

Einfältiges Europa

Europa ist offen für Massenzuwanderung, aber hat keine Ahnung wie damit umzugehen ist, kritisiert der renommierte Politologe Basam Tibi im NFZ-Interview. In ihrem Einsatz für Menschenrechte unterstützen die Europäer auch noch den Islamismus. [S. 8/9](#)

WIEN

Fragwürdige Geschäfte

Die SPÖ Wien unterhält seit längerem fragwürdige Geschäftsbeziehungen zum „Heumarkt-Luxusturm“-Entwickler und dessen Geschäftsfreunde. Sie sollen auch beim Kauf von 3.000 Sozialwohnungen involviert sein. Und das nicht zum ersten Mal. [S. 11](#)

MEDIEN

„Mercer“ machts gut

Keine Woche nach der Messerattentatsserie zauberte SPÖ-Bürgermeister Häupl seine Lieblingsstudie aus dem Hut: Wien ist die Welthauptstadt bei der Lebensqualität. Und die Medien plärren das nach, obwohl nur Manager und Diplomaten befragt wurden. [S. 14](#)



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

In eine Wiener Wachstube oder in eine AMS-Außenstelle hat es die Herren von Mercer anscheinend nicht verschlagen. Denn die Polizisten und die AMS-Bediensetzten versehen ihren Dienst auf der Schattenseite der Mercerschen „Wohlfühlhauptstadt Wien“.

„Kulturelle Vielfalt“

Näher an der Lebensqualität der Wiener war wohl doch der ungarische Kanzleramtsminister Janos Lazar, dessen ungeschminkte Worte die rote haute volée zum Aufheulen brachte. Häupl, Brauner, Kern & Co waren ob der Kritik derart derangiert, dass ihnen zu den Messerattacken wenige Tage später noch immer die Worte fehlten.

Gott sei Dank hat jetzt die neue 5-Sterne-Hotelnächtiger-Studie ihr Wolkenkuckucksheim wieder ins rechte Licht gerückt und die obskuren Analysen der OECD oder gar die vorurteilsbehafteten Aussagen von AMS-Mitarbeitern mit glasklaren Fakten widerlegt.

Von wegen islamische Parallelwelten, migrantische Bildungskatastrophe oder mindestensicherungsbeziehende Integrationsverweigerer. Die Welt blickt doch nur mit Mercer-geschultem Auge auf die Wohlfühl-Oase zwischen Rathaus und Stephansdom!

Und wer das nicht wahrhaben will, der soll doch beim AMS einen Kurs über die „Interkulturelle Kompetenz arabischer Kulturen“ oder „Umgang mit Diversität und kultureller Vielfalt“ besuchen.

Dann versteht man vielleicht, weshalb junge Kompetenzler ohne Sprachkenntnisse, aber jeder Menge Abneigung gegen Arbeit, ihre kulturelle Selbstverwirklichung zur Not mit einem Messer gegen die Österreicher verteidigen müssen.

Islamische Parallelgesellschaft

Arbeitsmarktservice und OECD bestätigen der SPÖ ihr katastrophales Ver...

Österreich hat laut OECD die leistungsschwächsten Schüler mit Migrationshintergrund. Ein interner Bericht des Arbeitsmarktservices (AMS) offenbart nicht weniger Schockierendes: Absolutes Desinteresse der Zuwanderer an Integration und Arbeitssuche – dafür umso unerschämteres Interesse an staatlichen Sozialleistungen.

Zwei schallende Ohrfeigen setzte es für die Integrationspolitik der SPÖ-geführten Regierungen der letzten Jahre. Laut OECD-Bericht meistert gerade einmal die Hälfte der Schüler mit Migrationshintergrund den PISA-Test. Die andere Hälfte droht zur Stammklientel des Arbeitsmarktservice zu werden, aus dem ein desillusionierender Bericht über das Desinteresse der Zuwanderer an Integration an die Öffentlichkeit gelangte.

Nachschub fürs Arbeitsamt

Während drei Viertel der österreichischen Schüler in allen drei Disziplinen (Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) die Pisa-Hürde schaffen, sind es bei jenen mit Migrationshintergrund nicht einmal die Hälfte (47 Prozent). Damit liegt Österreich abgeschlagen hinter dem OECD-Schnitt von 54 Prozent. EU-weit schaffen 55 Prozent, in Deutschland 57 Prozent und in Kanada sogar 82 Prozent der Migranten das geforderte Level im internationalen PISA-Vergleichstest.

Das zeigt eine aktuelle Sonderauswertung, für die die OECD die jüngsten Pisa-Ergebnisse der Migranten aus dem Jahr 2015 extra verglichen hat. Und in diesem Ka-

tastrophenergebnis sind die Folgen der moslemischen Massenzuwanderung ab 2015 für das heimische Bildungssystem noch gar nicht inkludiert.

Einen Spitzenplatz belegt Österreich in dieser Vergleichsstudie allerdings: Beim Wohlfühlfaktor – kein Wunder bei dem für die Migranten in ihrer Heimat unbekanntem Füllhorn namens Sozialstaat.

Das belegt auch eine andere Studie, ein interner Revisionsbericht des Arbeitsmarktservice, den „Die Presse“ am vergangenen Dienstag veröffentlichte. Als Folge der „Grenzöffnung für Fachkräfte“ sind österreichweit bereits 42 Prozent aller Arbeitssuchenden Ausländer oder haben Migrationshintergrund. In Wien liegt der Anteil bei 61 Prozent, in einigen AMS-Geschäftsstellen der Bundeshauptstadt bei 70 Prozent.

Trotz Schulungen zu „Gender und Diversity“, „Interkulturelle Kompetenz arabischer Kulturen“, „Kulturelle Vielfalt im AMS – Chance und Herausforderung“ oder „In den Schuhen des Orients“, sind die AMS-Mitarbeiter mit den Wünschen der neuen Klientel überfordert.

Die von den Mitarbeitern angeführten Integrationshindernisse

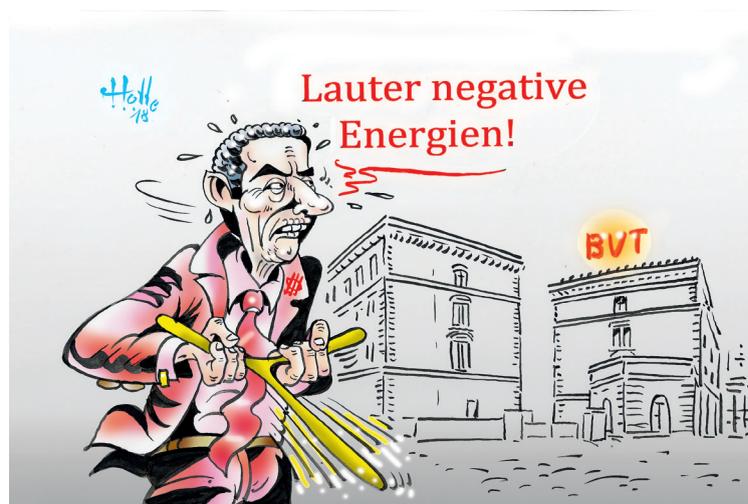


Durch die unkontrollierte Zuwanderung... schaften, die mehr Interesse am Sozial...

sind auch den Österreichern aus dem Alltag bekannt: mangelnde Deutschkenntnisse, sowie religiöse und kulturelle Gründe.

An Arbeit nicht interessiert

90 Prozent aller beim AMS gemeldeter Nichtösterreicher gehören der ersten Generation an, sind also im Ausland geboren. Die größte Gruppe stellen dabei Türken. Laut dem Bericht beherrschten die meisten Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache nicht in einem Ausmaß, das für eine Vermittlung ausreichend sei.



SPITZE FEDER Das neue Faible der SPÖ für Esoterik.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundespartelleitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b.
H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

haft im Sozialstaat

Sagen bei Zuwanderung und Integration



g der letzten Jahre – auch über das Asylrecht – bildeten sich Parallelge-
lstaat als an der Integration über Bildung und Arbeit haben.

Massive Probleme gibt es mit der Betreuung von Tschetschenen, die überdurchschnittlich oft Berater und Führungskräfte bedrohen, damit sie weiterhin ohne störende Arbeitsplatzsuche die Sozialleistungen kassieren können.

Bei Tschetschenen, Syern und Afghanen sei die Vermittlung in soziale Berufe oder die Gastronomie überhaupt nicht möglich, „weil der Servicegedanke abgelehnt wird“, schreiben die Autoren.

Und wie reagierte die AMS-Spitze? Sie empfahl, laut Bericht, den Mitarbeitern sich nicht von Vorur-

teilen leiten zu lassen und deshalb an „Schulungen zum interkulturellen Verständnis“ teilzunehmen.

„Das ist Realitätsverweigerung pur! Es ist unglaublich, dass die AMS-Führung an der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Mitarbeiter zweifelt“, empörte sich FPÖ-Abgeordnete Carmen Schimaneck. Der Bericht bestätigte die schlimmsten Befürchtungen der Freiheitlichen, wonach die „rote Kuschelpolitik“ eine islamische Parallelgesellschaft in Österreich etabliert habe, die jede Integration verweigere und auf Kosten der Österreicher lebe.

AUFSTEIGER ↕



FPÖ-Klubobmann **Walter Rosenkranz**, der schon vor der Sondersitzung zur „Causa BVT“ die SPÖ auf die Gewaltenteilung in Österreich aufmerksam machte: Die Initiative zur beklagten Vorgangsweise ging von der Staatsanwaltschaft aus.

ABSTEIGER ↕



Ex-Kanzler und SPÖ-Klubchef **Christian Kern**, der die Gewaltenteilung nicht wahr haben will, gemäß der in der „Causa BVT“ die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen durchführt und nicht der von ihm angegriffene Innenminister.

KURZ UND BÜNDIG



Vor der eigenen Tür kehren

„Pünktlich zur Salzburger Landtagswahl kriecht SPÖ-Generalsekretär Max Lercher mit seiner Gesinnungstruppe aus seinem Ecken hervor, um in übelster Polemik und Propaganda über freiheitliche Politiker her-zuziehen“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky (Bild). Er riet Lercher, seine Aufmerksamkeit nach Wien zu richten, wo ein Skandal nach dem anderen aufplatze und das schwer verdiente Steuergeld in kaum vorstellbaren Millionenbeträgen von den Rathaus-Genossen versenkt werde.

Uneinsichtige „Genderin“

Der Welser Magistratsdirektor Peter Franzmayr bekommt von der Republik Österreich 317.368 Euro Entschädigung, weil ihm bei einer Postenbesetzung im Verkehrsministerium durch die damalige SPÖ-Verkehrsmi-nisterin Doris Bures (Bild) zu Unrecht eine Frau vorgezogen worden ist. Das entschied der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) letzte Woche. Bures zeigte sich unbeeindruckt von dem Höchstgerichtsrtel: Die Entscheidung sei aufgrund der „massiv bestehenden Unterrepräsentation von Frauen“ erfolgt.



Beschämender Auftritt

„Was die SPÖ in der Sondersitzung des Nationalrats aufführte, war schon beschämend“, wunderte sich FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek (Bild) über den Auftritt der ehemaligen Kanzlerpartei. Würden Parteichef Christian Kern und Co. ihre Verantwortung wahrnehmen, dann wüssten sie, dass Kontrollinstrumente wie ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss oder ein Misstrauensantrag ein gewisses Maß an Verantwortung bedeuten. „Die SPÖ gibt diese wertvollen parlamentarischen Kontrollinstrumente – wie auch sich selbst – der Lächerlichkeit preis“, kritisierte die FPÖ-Generalsekretärin.



BILD DER WOCHE Der Frühling zeigt heuer der Erdwärmung die kalte Schulter, mit Schnee und Dauerfrost.

„Schulden senken, dann Steuerzahler entlasten!“

Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs erläutert im NFZ-Interview den Weg von der Budgetsaniierung hin zur Steuersenkung: „Mit dem Doppelbudget 2018/19 werden Fehlentwicklungen korrigiert und die Grundlage für die Steuerstrukturreform 2020 geschaffen.“

Herr Staatssekretär, die Regierung peilt ein saniertes Budget an. Ist gar mit einem Überschuss zu rechnen, wie in Deutschland?

Fuchs: Wir planen ab 2019 einen administrativen Budgetüberschuss. Das heißt, dass wir ab dem nächsten Jahr nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. Die Wirtschaft brummt, aber die Vorgängerregierung hat uns ein schwieriges Erbe hinterlassen. Mit dem Doppelbudget 2018/19 haben wir nun Fehlentwicklungen korrigiert und die Grundlage für einen administrativen Budgetüberschuss geschaffen, um die Schuldenquote in Richtung 60 Prozent zu senken.

Das heißt, es muss gespart werden. Wo wird gespart und in welchen Bereichen nicht?

Fuchs: Zuallererst haben wir uns mit Sach- und Hausverstand den Verwaltungs- und Förderausgaben gewidmet und über alle Ressorts 2,5 Milliarden Euro im System gespart. Darüber hinaus wird auch bei den Nicht-Österreichern der Sparstift angesetzt. Das Innenressort und die Landesverteidigung gehen gestärkt aus den Budgetverhandlungen hervor, damit sich chaotischen Zustände wie während der Flüchtlingskrise 2015 nicht mehr wiederholen können.

FPÖ und ÖVP haben eine spürbare Steuerentlastung versprochen. Wie soll die aussehen und wann wird die kommen?

Fuchs: Ziel der Bundesregierung ist es, die Steuerquote in Richtung 40 Prozent zu drücken, damit wieder mehr Geld bei den Menschen bleibt. Mit dem „Familienbonus Plus“ haben wir bereits innerhalb der ersten

100 Tage die größte Steuererleichterung der Geschichte für Familien mit Kindern umgesetzt. Hier schaffen wir ein Stück Steuerfairness für all jene, die unserem Land Zukunft schenken. Ebenfalls bereits beschlossen wurden die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen bis 1.948 Euro brutto im Monat und die Reduzierung der Umsatzsteuer im Tourismus auf 10 Prozent. Auf Basis des sanierten Budgets wird 2020

„Wir sparen jetzt bereits 2,5 Milliarden Euro im System ein.“

eine umfassende Steuerstrukturreform in Kraft treten. Wir wollen ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht – und natürlich eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer.

Wenn die Steuerentlastung nachhaltig sein soll, muss die „kalte Progression“ abgeschafft werden. Wann ist das vorgesehen?

Fuchs: Die FPÖ hat sich schon immer für die Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung der „kalten Progression“, stark gemacht. Das ist ein Steuererhöhungsautomatismus, der am Parlament vorbei zu einer laufenden Erhöhung der Steuerquote führt. Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, dass dessen Abschaffung im Regierungsübereinkommen festgeschrieben wird und im Rahmen der Steuerstrukturreform 2020 umgesetzt wird.



Foto: EU



**Thema
der
Woche**

Ein „rot-weiß-rotes Budget mit Hausverstand“ – Sparen bei den Ausgaben

Es ist Schluss mit Die neue Bundesregierung macht ernst mit ihrer

Ihr Hundert-Tage-Jubiläum feierte die türkis-blaue Koalition mit der Präsentation des Doppelbudgets 2018/19. „Arbeiten für Österreich oder Hausverstand statt Klassenkampf“ nannten die beiden Klubbmänner, August Wöginger und Walter Rosenkranz, den neuen Stil der Regierung, die mit dem angestrebten Nulldefizit der Schuldenpolitik der vergangenen 65 Jahre ein Ende bereiten will.

Im kommenden Jahr soll sich Österreich in den erfolgreichen Klub der EU-Staaten einreihen, die – von der guten Konjunktur getragen – einen Budgetüberschuss erwirtschaften. Das sind neben Deutschland, den Niederlanden, Schweden oder Tschechien insgesamt 15 Staaten. Finanzminister Hartwig Löger hielt den Kritikern, die schon von einem „zu Tode Sparen“ sprachen, entgegen, dass „die Bewahrung und Verteidigung der Vergangenheit“ jenen Schuldenberg produziert habe, den man nun abarbeiten werde.

Sparen auf der Ausgabenseite

„Wir agieren hier bewusst anders als unsere Vorgängerregierungen, die der Nachhaltigkeit nur das Wort geredet, beziehungsweise Nachhaltigkeit nur im Schuldenmachen an den Tag gelegt haben“, assistierte FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs seinem Minister. Das „anders Agieren“ zeigt sich

auch darin, dass das türkis-blaue „Sparprogramm“ keine Steuererhöhungsprogramm ist, sondern wirklich nur auf der Ausgabenseite ansetzt.

Die Budgetziele werden von der gesamten Bundesregierung mitgetragen, betonte Fuchs. Alle Minister würden an einem Strang ziehen, um die Sparpotenziale zu heben, die im System liegen: „Nur so werden die Spielräume für eine ehrliche Entlastung geschaffen.“

Bereinigung der „Altlasten“

Aber die Altlasten der Vorgängerregierung wiegen schwer und könnten, so Fuchs, nicht „von heute auf morgen“ aufgearbeitet werden: „Aber ich kann unseren Wählern versprechen: Wir arbeiten intensiv daran, trotz dieses Rucksacks unsere Ziele zu erreichen, um 2020 eine echte Steuerentlastungsreform präsentieren zu können.“

Die konkreten Zahlen dazu nannte Löger am Mittwoch in sei-



n für das System, dafür erste Entlastungen für Familien, Kleinverdiener und Pflegebedürftige.



Erwin Angerer
FPÖ-Budgetsprecher

Österreich hat sich in den letzten Jahren zu einem Land entwickelt, in dem Leistungen kaum honoriert wurden. Weltmeisterlich waren wir nur darin, jene zu unterstützen, die keinen Beitrag zum Wohlergehen unseres Landes geleistet haben.

Ausgabenlenkung

Die Devise für die kommenden Jahre muss daher lauten, nicht auf Kosten derer zu sparen, die sich um die Zukunft unseres Landes bemühen und jene zu würdigen, die sich jahrzehntlang für Österreich eingesetzt haben.

Ich begrüße daher die Budgetpläne unserer Bundesregierung, vor allem unsere älteren Bürger und Familien zu entlasten. Der Familienbonus wie auch zusätzliche Mittel für den Bereich der Pflege nehmen eine wichtige Unterstützungsfunktion für Familien ein.

Dem stetig steigenden Pflegebedarf und den dadurch erhöhten Kosten wird mit zusätzlichen 860 Millionen Euro Rechnung getragen, weitere 250 Millionen werden in den Behindertenfonds und 300 Millionen in das Pflegegeld investiert. Damit wird gewährleistet, dass Gelder für unsere älteren Mitmenschen, die ihr Leben lang eingezahlt haben bereitgestellt werden.

Ich sehe es als eine Frage der Fairness, die jahrzehntelange harte Arbeit unserer Pensionistinnen und Pensionisten zu würdigen, anstatt Wirtschaftsflüchtlingen, die keinen Cent zur Aufrechterhaltung unseres Sozialsystems beigetragen haben, bedingungslose Unterstützung zukommen zu lassen.

Dass wir mit einer intelligenten und nachhaltigen Budgetpolitik zusätzliche Mittel für den Bereich Pflege und Soziales aufstellen können, ist Zeichen einer bürgerfreundlichen Trendwende in der staatlichen Finanzplanung!

dem Steuergeldverbrennen

Ankündigung des ausgabenseitigen Sparens beim Budget 2018/19

ner Budgetrede, als diese Zeitung gerade gedruckt wurde. Daher werden Sie die Details und die Zahlen für die FPÖ-Ministerien in der nächsten Ausgabe detailliert aufgelistet finden.

Fest steht, dass für das angestrebte Nulldefizit bis zu drei Milliarden Euro eingespart werden müssen. Das betrifft vor allem Ausgaben, von denen Nichtösterreicher bisher profitiert haben.

Sparen im Asylbereich

Der Anteil des Bundes an der Grundversorgung von Asylwerbern soll um 130 Millionen Euro pro

Jahr geringer ausfallen. 130 Millionen Euro weniger pro Jahr soll es für arbeitssuchende Asylberechtigte beim Arbeitsmarktservice geben.

250 Millionen Euro weniger plant der Bund bei der einheitlichen Mindestsicherung für Asylwerber ein, die ab 2019 kommen soll. Durch die Familienbeihilfe-Staffelung für ausländische Arbeitnehmer will sich der Staat 80 Millionen Euro sparen.

Auch werden wegen der sinkenden Asylwerberzahlen die Angebote für die Integration halbiert beziehungsweise nicht effiziente Kurse gestrichen, womit sich die-

se Ausgaben von 100 auf 50 Millionen Euro verringern sollen. Daher werden auch die Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen und Deutschkurse sinken, von 55 auf 20 Millionen Euro.

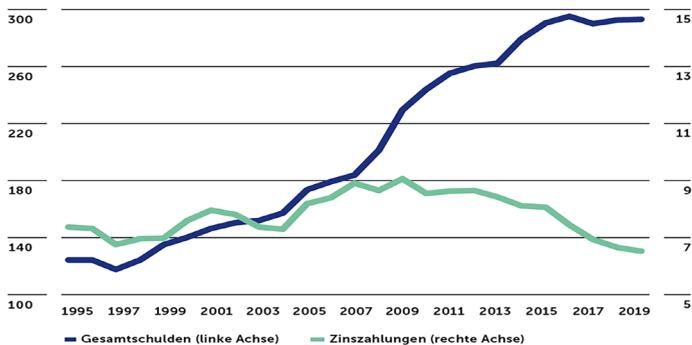
Mehr Geld für die Österreicher

Mehrausgaben im Sozialbereich sind hingegen für die Österreicher vorgesehen: Im Bereich Pflege und Soziales rechnet man mit Mehrausgaben in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro für Pflege- und Behindertenfonds oder Hospizeinrichtungen. Auch sind vom Bund 160 Millionen Euro mehr für die Notstandshilfe ungeachtet des Partnereinkommens eingeplant.

Ebenso wird das Bildungsbudget steigen – und zwar von 8,5 auf 8,8 Milliarden Euro. Aber auch dort wird gespart, wo die Effizienz nicht gegeben war: Der mit 80 Millionen Euro dotierte Integrationstopf läuft aus. An seine Stelle treten die mit 40 Millionen Euro geförderten Deutschklassen.

„Gespart wird von dieser Regierung nur in der Verwaltung“, betonte FPÖ-Klubobmann Rosenkranz bei der Vorschau auf dieses „rot-weiß-rote Budget mit Hausverstand“.

Schulden und Zinslast in Österreich – in Mrd. Euro



Quelle: EU-Kommission; Anmerkung: Prognosen für 2018 und 2019

Altlast Schuldenberg: Die Grafik zeigt das Ziel des Doppelbudgets.



HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Heftig ging es in den vergangenen Tagen im Bundesrat zu. Anlässlich einer Dringlichen Debatte zum Thema „BVT“ empfahlen zwei Abgeordnete der ÖVP jenen der SPÖ und der Grünen auszuwandern. Im Vergleich der parlamentarischen Zwischenrufe eher eine Leichtgewichtigkeit. Ungeachtet dessen sprach die Tageszeitung „Österreich“ von einem „Auswanderungsektat“.

Erneut zweierlei Maß

Vor dem Hintergrund dieser Erregung ist es umso unverständlicher, dass ein echter Skandal, der sich auch im Bundesrat angespielt hat, medial unbemerkt blieb. Man muss die unabhängige Internetplattform „unzensuriert“ lesen, um auf den Missstand aufmerksam zu werden: „Anlässlich der parlamentarischen Enquete des Bundesrats zum Thema ‚Älter, Jünger, Ärmer‘ bediente sich der Wiener SPÖ-Bundesrat Stefan Schennach in seiner Wortmeldung zum Thema Armutsbekämpfung der Nazi-Diktion ‚Nur Arbeit macht frei‘... Diese Ungeheuerlichkeit ist gerade vor dem Hintergrund des Gedenkjahres 1938 abstoßend und eines Politikers unwürdig.“

Zur selektiven Wahrnehmung der Medien passt der Umstand, dass Schennach sich nur halbherzig entschuldigte und die Streichung seiner Entgleisung aus dem Protokoll verlangte. Auch gab es vom Bundesratspräsidenten Todt weder einen Ordnungsruf noch eine Aufforderung zur Klarstellung. Ein Beispiel mehr, wie mit zweierlei Maß gemessen wird, zumal es kaum vorstellbar ist, dass dieser Vorfall derart ernachlässigt worden wäre, wenn er einen Freiheitlichen betroffen hätte.

BILDUNGSPOLITIK

Universitätsgesetz angenommen

Mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ befürwortete der Bundesrat letzte Woche die Novelle des Universitätsgesetzes, das neben mehr Personal auch effizientere Zugangsregelungen vorsieht. Zudem werde mit dem Gesetz die Vergabe der Mittel transparenter und effizienter gestaltet. Für die Leistungsvereinbarungsperiode der Jahre 2019 bis 2021 stehen den öffentlichen Universitäten damit 11,07 Milliarden Euro zur Verfügung.



VERFASSUNGSGERICHT

Rami in VfGH gewählt

Die Entscheidung über die letzte freie Richterstelle am Verfassungsgerichtshof ist gefallen. Der Bundesrat stimmte am Donnerstag vergangener Woche auf Vorschlag von FPÖ und ÖVP dafür, den im Medien- und Wirtschaftsstrafrecht renommierten Rechtsanwalt Michael Rami für das Amt zu nominieren.

Ist die Gewaltenteilung in der SPÖ nicht bekannt?

Dringliche Anfrage der SPÖ wurde zum nächsten roten Selbstfall

Ungereimtheiten in der „Causa BVT“ wollte die SPÖ dem FPÖ-Innenminister umhängen. Dabei übersah Kern & Co, dass der ganze Fall eigentlich von der Justiz abgehandelt wird.

In einer von den Oppositionsparteien beantragten Sondersitzung des Nationalrats musste FPÖ-Innenminister Herbert Kickl 40 Fragen der SPÖ zu den Vorgängen um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) beantworten. Die „Dringliche Anfrage“ begründete SPÖ-Klubobmann Christian Kern damit, dass der Innenminister „ein politisches Spiel auf dem Rücken der Sicherheit“ austrage und das BVT „praktisch lahmgelegt“ habe.

Kickl riet dem SPÖ-Chef seine „Verschwörungstheorien beiseitezulegen“: „Was Sie als BVT-Skandal sehen, ist in Wahrheit ein



SPÖ-Chef Kern lässt in der Opposition kein Fettnäpfchen aus.



Kickl: „Datenschützer sind jetzt Datenschutzverletzungen egal?“

rechtsstaatlich korrekt abgelaufenes Verfahren, wo alle Entscheidungen von der Justiz getroffen worden sind.“ Es sei beschämend für eine ehemalige Regierungspartei, nicht einmal mehr zu wissen, was Aufgabe der Justiz und was des Innenministeriums sei.

Besonders bemerkenswert sei, dass jene Parteien, die vorgeben, den Datenschutz auf ihre Fahnen geheftet zu haben, plötzlich jene Personen unterstützen, denen eine Verletzung des Datenschutzgesetzes vorgeworfen werde.

„Vorwurfsblase“ ist geplatzt

Als „große Blase der Linken und einiger selbsternannter ‚Qualitäts‘-Journalisten“ bezeichnete FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz die „Causa BVT“: „Die Gewaltenteilung ist offensichtlich ein der SPÖ nicht mehr bekanntes Prinzip, da sie eine von der Staatsanwaltschaft angeordnete Hausdurchsuchung dem erfolgreichen

Innenminister Kickl vorwirft.“

Der Innenminister habe binnen kürzester Zeit erste Abschiebungen in die Wege geleitet und bereits eine Reihe von Ländern zu sicheren Herkunftsländern erklären lassen. Das sei wohl der wahre Kern der Animositäten der SPÖ gegen Kickl, vermutete Rosenkranz.

Geradezu lächerlich wirke die Behauptung, der Innenminister hätte das in ihn gesetzte Vertrauen der Opposition zerstört, wunderte sich Rosenkranz: „Einen Vertrauensvorschuss haben Kern und Genossen dem Innenminister doch nie gegeben!“ Davon abgesehen werde die Bundesregierung aber auch bei künftigen Vorhaben nicht im SPÖ-Parteibüro um Erlaubnis nachfragen. Aber er freue sich auf einen BVT-Untersuchungsausschuss, sollte dieser beschlossen werden: „Denn dann sehen alle Österreicher, wie sich die Sozialdemokratie erneut bis auf die Knochen blamieren wird.“

Österreichs Zukunft

- EIN OFFENES WORT -

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Seit Jahresbeginn 2018 hat die neue Bundesregierung viele positive Reformen eingeleitet. Einigen einflussreichen Kreisen im Land gefällt das gar nicht. Dafür gibt es umso mehr positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Erinnern Sie sich noch zurück an Rot-Schwarz? Täglicher Streit, eine inhaltliche Lähmung und negative Rekorde in sämtlichen Politikfeldern waren an der Tagesordnung. Damit ist jetzt Schluss! Und das ist gut so!

Alle kommenden Reformen sind das Ergebnis von zähen Verhandlungen gewesen. Unterm Strich war es für uns wichtig, dass Österreich als Gewinner herauskommt. Das heißt:

- Verschärfung der Asylpolitik
- Stopp der illegalen Migration
- Sicherheitsoffensive
- Strafrechtsverschärfung
- Steuerliche Entlastung
- Mehr Geld für Familien
- Deutsch vor Schule
- Erhöhung Mindestpension
- Mehr direkte Demokratie
- Weniger EU-Bevormundung
- Kampf dem politischen Islam
- ORF-Reform u. v. a. m. ...

Nicht verhandelbar für die ÖVP war dabei aber das umstrittene CETA-Handelsabkommen! Schon 2017 wurden gegen unsere Stimmen weite Teile davon umgesetzt. Immer wieder wurde auch unsere Forderung nach einer Volksabstimmung abgelehnt. Als Demokraten haben wir dies akzeptiert. Sonst hätte Österreich weiter unter einer rot-schwarzen Regierung leiden müssen. Nur so können wir jetzt unsere zahlreichen Forderungen unter anderem zu den Themen Zuwanderung und Asyl umsetzen. Denn wir wollen, dass wir Österreicher Herr im eigenen Haus bleiben.

Wir bringen Österreich wieder auf die Überholspur. Unsere geliebte Heimat hat sich eine gute Zukunft verdient. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort!

Ihr


Vizekanzler Heinz-Christian Strache
FPÖ-Bundesparteiohmann



Harald Vilimsky

Türkei-Deutschland: Importierte Konflikte

Der Immer-noch-EU-Beitrittskandidat Türkei ist Ende Jänner in Syrien einmarschiert. Dass sich der türkische Machthaber Erdogan dabei auf Artikel 51 der UN-Charta (Selbstverteidigung) beruft, ist lächerlich. Mit dabei sind Leopard-Panzer aus deutscher Produktion. 354 Stück wurden zwischen 2006 und 2011 an die Türkei geliefert – ohne Auflagen für deren Einsatz. Die deutschen Panzer helfen jetzt dabei, gegen Kurden vorzugehen und in der Region Afrin so richtig aufzuräumen.

Gleichzeitig eskaliert der Konflikt zwischen Türken und Kurden in Deutschland. Die deutsche Polizei vermerkte heuer 37 Angriffe auf türkische Einrichtungen. Währenddessen betreibt der Islamverband Ditib als Erdogans deutsche Vorfeldorganisation munter türkisch-nationalistische Propaganda. „Das, was die Fahne zur Fahne macht, ist das Blut darauf“, postete ein Ditib-Funktionär anlässlich des Jahrestags der Schlacht von Gallipoli. Ditib ist das „U-Boot des türkischen Staates“, wie es selbst der Grüne Volker Beck ausdrückt.

Pikant, dass es aus dem Innenministerium heißt, Deutschland sei wegen der vielen hier lebenden Menschen mit Bezug zur Türkei „seit jeher Spiegel und Resonanzboden türkisch-kurdischer Konflikte“. Also genau jener Konflikte, die man via Zuwanderung importiert hat und wo man nun dank mangelnder Integrationsbereitschaft nicht weiß, wie man damit umgehen soll.

ÖVP-Karas will mehr Steuergeld für Brüssel

Während die österreichische Bundesregierung eine Erhöhung der Nettozahlungen an Brüssel für die kommende Budgetperiode ablehnt, hat ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas das genaue Gegenteil signalisiert.

„Noch bevor die Verhandlungen über das EU-Budget überhaupt richtig begonnen haben schon zu erklären, dass Österreich jedenfalls mehr einzahlen soll, ist nicht gerade geschickt“, empörte sich der FPÖ-Delegationsleiter im Europaparlament, Generalsekretär Harald Vilimsky. Er bezog sich damit auf eine Ankündigung von Karas, der via Twitter erklärt hatte, „jeder müsse mehr ins EU-Budget einzahlen – auch Österreich.“

Alles, was derzeit auf dem Tisch liege, seien Vorschläge, die noch nicht einmal mit den Mitgliedsstaaten abgestimmt seien, stellte Vilimsky klar. „Die offizielle Position Österreichs, die zu Karas offenbar nicht durchgedrungen ist, lautet recht klar: Eine durch den Brexit

bedingte Verkleinerung der EU soll kein größeres Budget und damit auch keine höheren Belastungen für die Mitgliedsstaaten nach sich ziehen“, erinnerte Vilimsky.

Dass sowohl die EU-Kommission als auch die Mehrheit im EU-Parlament eine massive Erhöhung des EU-Budgets wollen, wundere nicht. „Jede Bürokratie neigt dazu, sich auszudehnen und immer mehr Geld der Bürger zu beanspruchen“, kritisierte Vilimsky das Vorhaben.



Karas, bedingungslos EU-treu.

„Die EU hat keine ... und das ist beängs...

Für den Politikwissenschaftler Bassam Tibi schützt

Der renommierte Politikwissenschaftler und Islamexperte Bassam Tibi kritisiert im NFZ-Interview die Unterschätzung der Gefahren des Islamismus für den säkularen Staat: „Wer sich kritisch mit der islamistischen Gefährdung Europas durch die Massenzuwanderung auseinandersetzt, wird als islamophob hingestellt.“ Er fordert für Europas Moslems eine Reform-Islam ohne politischen Anspruch.

Sie fordern von Europa eine verantwortliche Politik, keine Gesinnungsethik und erst recht keine Flüchtlingsromantik ein. Können Sie das erklären?

Tibi: Max Weber unterscheidet in dem Aufsatz „Politik als Beruf“ zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Gesinnungsethik beruht auf der Moralisierung der Probleme. Das tun Linke und Grüne, und herauskommen dabei Lösungen, die nicht brauchbar sind. Ein Verantwortungsethiker versucht rationale Lösungen zu finden. Die Flüchtlingsproblematik ist ein Weltproblem: Es sind derzeit rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter 12 Millionen Syrer. Dieses Problem kann ein Europa allein nicht lösen.

Im europäischen Ansatz zu dem Problem sehen Sie wenig Rationalität?

Tibi: Die Europäische Union gibt vor, Flüchtlingspolitik zu machen. Aber sie hat kein Konzept für den Umgang mit Flüchtlingen. Die EU hat keine Sicherheitspolitik, keine Migrationspolitik, keine Außenpolitik – und das ist beängstigend.

Jetzt sind diese – großteils – moslemischen Flüchtlinge schon in Europa. Sie fordern eine Reform des Islams unter der Akzeptanz der europäischen Werte.

Tibi: Das ist eine Vision. In Deutschland arbeiten die Politiker mit den organisierten Islamverbänden zusammen, die aus dem Ausland gesteuert werden. Da wollten die Deutschen etwa, dass Kinder im Ramadan nicht fasten. Sofort hat der türkische Verband DITIB eine Fatwa aus der Türkei und die Schiiten haben eine aus Teheran geholt. Was mit den Moslems in Europa passiert, entscheiden daher nicht sie selbst oder ihre Verbände, sondern Saudi-Arabien, Iran oder die Türkei.

Weshalb kann ein gläubiger Moslem einen säkularen Staat nicht anerkennen und darin leben?

Tibi: Es gibt eine einflussreiche Islam-Interpretation, die besagt: Der Islam ist eher als nur Religion. Es kann kein Moslem nur privat den Koran befolgen und in der Öffentlichkeit Österreicher sein. Das lehnen die Vertreter des organisierten Islam ab. Sie sagen: Der Islam ist eine Weltanschauung und hat politische Ansprüche. Ich vertrete die Idee, dass Moslems nur als Individuen integriert werden können, ohne die Islam-Verbände. Denn mit diesen bestimmen Ankara, Riad oder Teheran, was Integration ist.

Wie sieht ihr europäische Islam aus?

Tibi: Eine klare Trennung von Religion und Staat. Der Mensch ist in erster Linie ein Bürger des Landes und Moslem – aber nicht Mitglied der islamischen Umma. Das lehnen die Islamverbände ab. Einen Vertreter der IGGiÖ, der mir das gesagt hat, habe ich gefragt: Sie wollen in Europa leben, aber sie lehnen Europa ab? Wie soll das gehen? Ich erhielt keine Antwort.



Bassam Tibi warnt vor der Aufgabe der falsch verstandene Toleranz- und Men...

Migrationspolitik – stiegend.“

Die EU die Islamisten aber nicht die Demokratie



Die von Brüssel propagierte naive „bunte Heimat Europa“ wird mit den islamischen Zuwanderern jedoch nur ein islamisches Europa werden.

Kann das überhaupt funktionieren?

Tibi: Ich habe in den letzten 40 Jahren in 22 islamischen Ländern gearbeitet. Es gab zwei Länder, die Anlass zur Hoffnung gaben: die Türkei und Indonesien. Aber beide Modelle sind von Islamisten zerstört worden.

Sehen Sie die EU auf einem Weg, wie ihn der französische Schriftsteller Michel Houellebecq in seinem Roman „Die Unterwerfung“ beschrieben hat?

Tibi: Ich war im Herbst 2017 bei einem Treffen hochrangiger Politi-

ker zentralasiatischer und kaukasischer Staaten, um über den „Islam im modernen säkularen Staat“ zu diskutieren. Im Gegensatz zur EU haben sie erkannt, der säkulare Staat ist durch den Islamismus gefährdet und der säkulare Staat muss dagegen vorgehen. Aber die EU schützt nicht den säkularen Staat, sondern die Islamisten im Namen der Verteidigung der Menschenrechte. Im Kampf gegen den Islamismus muss man aber eine Balance finden zwischen der Verteidigung der Menschenrechte und der des säkularen Staates. Aber diese Balance sehe ich in Europa nicht. Wenn die Europäer bei dieser Diskussion unter Moslems über den Islamismus dabei gewesen wären, hätten sie uns wohl völlig entrüstet als islamophob abgekanzelt.

ZUR PERSON

Bassam Tibi ist ein deutscher Politikwissenschaftler syrischer Herkunft. Von 1973 bis 2009 war er Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen. Er hatte zahlreiche Lehr- und Forschungsaufenthalte an ausländischen Hochschulen, zuletzt vor allem in den USA (Cornell und Yale).



des säkularen Staates in Europa durch schrechtsgläubigkeit.

KURZ UND BÜNDIG



Subventionsbetrug

Anlässlich des Treffens der EU-Landwirtschaftsminister am vergangenen Montag protestierten in Brüssel belgische Landwirte gegen die Freihandelspläne der EU mit den südamerikanischen MERCOSUR-Staaten. Die Landwirte befürchten Massenimporte von Billigfleisch. Überschattet wurde der Protest allerdings von dem in Belgien aufgefliegenen „Gammelfleisch-Skandal“ des Veviba-Schlachthof im südbelgischen Bastogne. Unter anderem ging es dabei um die Umetkettierung von rund 20 Tonnen Fleisch, das bereits seit rund 12 Jahre eingelagert war, auf Frischfleisch für den mit EU-Geldern subventionierten Export.

Rückführung aus Libyen

Die von den Visegrad-Staaten und Österreich forcierte restriktive Einwanderungspolitik und die Tätigkeit der mit EU-Hilfsgeldern restrukturierten libyschen Küstenwache zeigt Wirkung. Seit November letzten Jahres sind 10.171 Migranten aus Libyen in ihre Heimatländer zurückgekehrt, verkündete die Migrationsagentur der Vereinten Nationen (IOM) letzte Woche. Sie verbuchte das auch als Erfolg des UN-Programms zur freiwilligen humanitären Rückkehr (Voluntary Humanitarian Return – VHR), das den in Libyen gestrandeten und desillusionierten Afrikanern eine sichere Rückreise in ihre Heimat ermöglicht.



EU-Rechnungshof kritisiert Türkei-Heranhilfen

Bei der Vergabe von EU-Finanzhilfen an die Türkei wurden nach Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs jahrelang schwerwiegende Fehler gemacht: Die für die Heranhilfen des Landes an die Europäische Union vorgesehenen Gelder seien nicht in ausreichendem Maß an Bedingungen geknüpft worden. Zudem habe die zuständige EU-Kommission nicht zielgerichtet genug in Projekte zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, der Pressefreiheit und der Zivilgesellschaft investiert, heißt es in dem vergangener Woche veröffentlichten Prüfbericht.

Im Zuge der Verhandlungen über einen EU-Beitritt wurden dem Land für den Zeitraum von 2007 bis 2020 über neun Milliarden Euro an sogenannten Heranhilfen zugesagt. Die EU-Kommission hatte sich bisher auf den Standpunkt gestellt, dass die Gelder so lange gezahlt werden müssten, wie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei dauern.

„Die Heranhilfen waren nicht ausreichend auf einige der grundlegendsten Anforderungen ausgerichtet“, kritisierte er EU-Rechnungshof der dazu die Unabhängigkeit der Justiz, die Bekämpfung von Korruption oder die Pressefreiheit nannte.

Der freiheitliche EU-Abgeordnete Franz Obermayr lehnt daher weitere Zahlungen ab: „Unter Erdogan hat sich die Türkei von unseren europäischen Demokratiestandards nur weiter entfernt.“



Brüssel hätschelt die Türkei.

TERMINE

MÄRZ
24 Osterschknapsen in Pinkafeld

Die FPÖ Pinkafeld lädt am Samstag, dem 24. März 2018, zum „Osterschknapsen“ ins Café „Schlaraffenland“ (Wiener Straße 34, 423 Pinkafeld). Teilnahmegebühr: 4 Euro. Beginn: 18.00 Uhr.

MÄRZ
24 Bürgerstammtisch in Horitschon

Die FPÖ Horitschon-Unterpetersdorf lädt am Samstag, dem 24. März 2018, zum „Bürgerstammtisch“ mit FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz in die Heuriganschenke Duschaneck (Hauptstrasse 104, 7312 Horitschon). Beginn: 18.00 Uhr.

MÄRZ
29 Ostereierverteilung in Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Donnerstag, dem 29. März 2018, zu ihrem Bürgerstand samt Ostereierverteilung beim EKZ Simmering (Simmeringer Hauptstraße 96a, 1110 Wien). Beginn: 16.00 Uhr.

APRIL
3 Bezirksteilstammtisch in Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 3. April 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

APRIL
4 Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 4. April 2018, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Simmering). Referent: LAbg. Günter Koderhold. Beginn: 19.00 Uhr.

APRIL
4 Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 4. April 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 4, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT

**Geförderte Nichtintegration**

Für Integration wurden bereits Milliarden ausgegeben. Den Erfolg sieht man in den Ballungsgebieten, in Spitälern, in den Öffis, auf Ämtern: Man hört immer seltener Menschen deutsch sprechen. Das gilt natürlich auch für die Schule – in den Pausen, vor und nach dem Unterricht unterhalten sich die meisten Schüler auf türkisch und in anderen Sprachen – nur nicht auf deutsch. Unser Staat gab und gibt also ein Vermögen dafür aus, daß sich die meisten Zuwanderer nicht integrieren, sondern lieber in Ghettos leben, wo sie ihre orientalischen Sitten und die Sprache beibehalten.

Stephan Pestitschek, Strasshof

**Propaganda-TV**

Eigentlich lustig, wenn's nicht so traurig wäre. Diese Lebenswahrheit bestätigt der ORF mit Berichten über Preisverleihungen zur gelungenen Integration. Dabei versucht krampfhaft die Realität zu verzerren und die Grätzlromantik

vergänger Tage heraufzubeschönern, als wären 740 Messeropfer im Jahr etwas anderes als Krieg. Gäbe es nicht „Servus TV“, würde der ORF den Eindruck ganzjähriger Kirchtagsstimmung verbreiten und die Fehlmeinung, dämlich wären nur die anderen: Trump ist doof, Putin ist doof. Eigentlich alle, nur nicht die SPÖ und Merkel!

Armin Schütz, per E-Mail

Führungsstärke

Jeder 4. Österreicher will endlich eine starke Führungspersönlichkeit, aber niemand will eine Diktatur, sondern eine Regierung und einen Regierungschef, die die Probleme anpacken und lösen. Es kann nicht sein, daß eine Regierung nur verwaltet und nicht in der Lage ist, Zukunftsperspektiven zu erarbeiten. Die Jahre 2006 bis 2017 haben gezeigt, wie schnell eine Regierung, die nur hinterherläuft, an Vertrauen verliert. Wir haben jetzt einen neuen Regierungschef und eine neue Regierung, die sich den Fehlentwicklungen der letzten Jahre stellen, rasche Lösungen finden und umsetzen muß. Es mögen diese Aufgaben gelingen, im Interesse Österreichs.

Werner Dworschak, Eisenstadt

Geht's noch?

Ohne Genierer, ohne Gewissen, ohne Verantwortung. Es gibt

Parteien die man seit viel zu vielen Jahren von genau dieser Seite kennt. In Österreich sind das die Linksparteien SPÖ und Grüne. In einer Zeit, in der die Folgen verantwortungsloser Asyl- und Flüchtlingspolitik auch Österreich mehr und mehr überfordern, fordern SPÖ und Grüne doch wirklich ein Wahlrecht für alle Ausländer.

Christian Stafflinger, Linz

**G'spür fürs Unrecht**

Der „gute“ Mann, Grün-Landesrat Rudolf Anschöber, denkt gerade darüber nach, wie man Unternehmen helfen kann, die Asylanten ohne positiven Asylbescheid Lehrstellen anbieten. Nur so nebenbei soll diesen „Lehrlingen“ dann natürlich die Abschiebung erspart bleiben. Anschöber stiftet also zum Gesetzesbruch an, um Abschiebungen vereiteln zu können. In meinen Augen ein Skandal!

Cora Katzenberger, Puchenu

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Gute Geschäfte der SPÖ mit Immobilienhaien?

„Heumarkt-Entwickler“ Tojner und seinen Genossen-Verbindungen

Der Skandal um die gemeinnützige „Wohnbauvereinigung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ weitet sich aus. Die SPÖ hat 3.000 Sozialwohnungen zur Spielmasse von „Heumarkt-Zar“ Michael Tojner degradiert, empörte sich die FPÖ.

In dem Artikel „Der Heumarkt und der Verkauf von 3000 Sozialwohnungen“ veröffentlichte jetzt die Tageszeitung „Die Presse“ letzte Woche weitere unglaublich Details zu diesem Geschäft zwischen der SPÖ und um den „Heumarkt-Turm“-Planer und dessen Freunde aus der Immobilienbranche.

„Während die SPÖ von leistbarem Wohnen spricht, übernimmt ein Investor tausende Sozialwohnungen – und Michael Tojner zieht mit seinem Intimus Franz Guggenberger die Fäden“, empörte sich Wiens FPÖ-Klubobmann Toni Mahdalik.



Suspekte Immobiliendeals der SPÖ-Granden Ludwig und Häupl.

SPÖ „fördert“ Immobilienhaie

Damit habe die Wiener Sozialdemokratie den letzten Funken an Glaubwürdigkeit verspielt. „Hat Wohnbaustadtrat Michael Ludwig etwa den Skandal um ‚Buntes Wohnen‘ vergessen? Auch damals war Michael Tojner als Berater verwickelt, auch damals saß Franz Guggenberger im Aufsichtsrat“, verwies Mahdalik auf Parallelen zum WBV-GÖD-Skandal.

„Diese Causa wird zur ersten Nagelprobe für den künftigen Bürgermeister Ludwig“, erklärte Mahdalik: „Wenn er den Verkauf der Sozialwohnungen nicht rückgängig macht und der WBV-GÖD den Gemeinnützigkeitsstatus entzieht, muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, mit Steuergeld geförderte Sozialwohnungen an gewinnmaximierende Immobilienentwickler zu verramschen.“

Rote Esoterik beim KH Nord ohne Ende

Das hat gerade noch gefehlt: Nach den milliardenschweren Verfehlungen beim Bau des Krankenhauses Nord wurde jetzt bekannt, dass eine KAV-Projektleiterin auch noch 95.000 Euro für einen Esoterik-Hokusfokus per freihändiger Vergabe zum Fenster hinausgeworfen hat.

„Ich kann dem künftigen SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig versprechen: Mit der von uns einberufenen Untersuchungskommission wird es eine lückenlose Aufklärung dieser Vorfälle geben. Und die SPÖ wird sich mit ihm an der Spitze der vollen Verantwortung für den Zusammenbruch des Wiener Gesundheitssystems stellen

müssen“, erklärte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp zum „roten Skandal-Geschwür KH Nord“.

Wenn Ludwig seine eigene Aussage zur Aufklärung der Vorfälle wirklich ernst nehme, müsste Gesundheitsstadträtin Sandra Frauenberger sofort abgelöst werden – und nicht erst Mitte Mai.

Zusätzlich werden die Freien in der kommenden Landtagsitzung einen Antrag stellen, der eine Stärkung der Minderheitenrechte in der Untersuchungskommission vorsieht, kündigte der FPÖ-Vizebürgermeister an: „Wir werden das Versagen des gesamten roten Systems im Wiener Spitalswesen aufdecken.“



SPÖ-Stadträtin Frauenberger ist am KH Nord gescheitert.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Das war ein lustiges, aber unfaires Spiel, das wir als Kinder mitunter getrieben haben. Einer hat den anderen mit Mist bespritzt, und dann haben alle höhnisch auf den Dreckigen gezeigt.

Dreckschleudern

Ich weiß noch, wie mir meine Mama im Arenbergpark die Leviten gelesen hat. „Du bist schuld an seinem Schmutz, und dann lachst du ihn noch aus?“ Da hab ich mich geschämt.

Aber jetzt entdecke ich, dass dieses Spielchen ja von den Erwachsenen mit Erfolg betrieben wird. Häupl, Brauner, Frauenberger und Wehsely waren bei Skylink eifrig, aber falsch, am Werk. Dann haben sie die Sache wegen des großen Erfolgs beim KH Nord wiederholt. Und jetzt will Herr Häupl die Milliardenpleite „aufklären“ lassen. Durch eine rot-grüne Kommission. No na. Und die Autofahrer sind durch rot-grüne Vassilakou-Inseln und Halbinseln absichtlich zum Stau gezwungen worden, damit man sie beschimpfen kann.

In einem Berliner Chanson heißt's „Wer wirft denn da mit Lehm? Der sollte sich was schäm'!“

Aber umgekehrt geht's auch. Eine von „Grün“ als schmutzig bekämpfte Firma wird grad von Frau Glawischnig „reingewaschen“.

Was es so vom Floridsdorfer bis zum Nußdorfer Spitz alles gibt, ist schon Spitze...

KÄRNTEN



Vertane Chance

„Eine große Chance für Kärnten wurde mit der alten Ausgrenzungspolitik vertan“, bemerkte FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann zur Entscheidung der Landes-SPÖ mit der ÖVP in Koalitionsverhandlungen zu treten. Es hätte für gewichtige anstehende Beschlüsse im Sinne des Landes Kärnten die Handschlagqualität und den Gestaltungswillen einer FPÖ benötigt. Mit der ÖVP Kärnten habe sich SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser jedoch für einen bekannt entscheidungsschwachen aber machtvollen Partner entschieden.

OBERÖSTERREICH



Fünf Jahre erfolgreich

Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haibuchner gratulierte Sandra Wohlschläger, Chefin des in Oberösterreich tätigen freiwilligen Familienvereins „Abenteuer Familie“, zum 5. Geburtstag und dem neuen Standort in Wels. Landesweit war die Beratung „Abenteuer Familie“ 2017 bei 266 Veranstaltungen im Einsatz.



Geburtstagsfeier

Foto: FPÖ Oberösterreich

Grün-Landesrat will weiterhin Zuwanderung über „Asylhintertür“

FPÖ-Klubobmann kritisiert Anschobers Abschiebungsverhinderung

Integrationsmaßnahmen werden für anerkannte Asylwerber weiterhin geben – aber nicht für Asylwerber, stellt FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr klar.

„Integrationspolitik wird nicht für die Zugewanderten gemacht, sondern für das friedliche Zusammenleben in der Gesamtgesellschaft. Eine Zuwanderung über die Asylhintertür und der damit verbundene Missbrauch unseres Sozialsystems wird von der österreichischen Bevölkerung abgelehnt“, konterte Mahr auf die Klage von Grün-Landesrat Rudolf Anschober, dass nur mehr Asylberechtigte Integrationskurse erhalten.

Förderungen durchforsten

Im Sinne eines nachhaltigen und wirtschaftlichen Mitteleinsatzes könnten Integrationsmaßnahmen nur entsprechend dem Aufenthaltsstatus eingesetzt werden, betonte

OBERÖSTERREICH



Foto: Land OÖ/Orsted

Anschober (r.): Mit „Ausbildung“ die Abschiebung Illegalen verhindern.

Mahr: „Die Zeiten einer unregelmäßigen Förderung, bei der Asylwerber mit teuren Integrationsmaßnahmen beglückt wurden, sind vorbei!“

Auch die vielen Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservices für Asylberechtigte können grund-

legende Bildungs- und Qualifizierungsmängel nicht sanieren, zeigte Mahr die Problematik auf. Schätzungen, wonach in fünf Jahren schon 50 Prozent der Asylberechtigten arbeiten werden, bezeichnete er als „bemerkenswert optimistisch“.

KÄRNTEN



Grüne Tempo-Schikane

„Der von den Grünen geplanten Tempo-100-Schikane für Autofahrer und Tempo 60 für LKW auf der Wörtherseeautobahn wurde von Verkehrsminister Norbert Hofer bereits eine eindeutige Absage erteilt. In der nun medial geführten Diskussion um eine 100 km/h-Beschränkung im Bereich der Rast-



Foto: NEZ

Tempo 100 ist nur bei der Raststation bei Techelsberg geplant.

station Wörthersee geht es nur um die Verkehrssicherheit“, korrigierte FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann Medienberichte.

„Tempo 100 gilt ausschließlich im Bereich von rund einem Kilometer bei der Raststation, die hoch frequentiert ist“, führte Darmann aus. Durch diese Geschwindigkeitsabsenkung wird ein Verkehrssicherheitsproblem gelöst, da es bisher durch die dynamische Geschwindigkeitsanlage wechselnde Tempolimits gab und auch abrupte Geschwindigkeitsreduktionen von 130 km/h auf 80 km/h möglich waren, sagte Darmann.

„Es freut mich, dass Verkehrsminister Hofer Spekulationen in den Medien über ein mögliches Tempo 100-Limit auf der gesamten Wörtherseeautobahn sofort wieder beendet und klar gemacht hat, dass es mit ihm eine solche Tempo-100-Schikane in Kärnten nicht geben wird“, erklärte der FPÖ-Landesobmann.

NIEDERÖSTERREICH



Foto: FPÖ

Reparatur der Mindestsicherung

Nachdem der Verfassungsgerichtshof das niederösterreichische Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung mit Deckelung für Mehrpersonen-Haushalte und die Wartefrist gekippt hat, ist im niederösterreichischen Landtag so rasch wie möglich eine neue Lösung zu finden und umzusetzen, betonte Landparteiobmann Walter Rosenkranz: „Grundsätzlich wäre die Einrichtung von zwei ‚Töpfen‘ optimal: Einen zur Deckung der Mindestsicherung von österreichischen Staatsbürgern, und einer zur Grundversorgung für Asylwerber und Asylberechtigte.“

VORARLBERG



Förderklassen umsetzen

Völliges Unverständnis für die Aussagen der Landesschuldirektorin für Pflichtschulen, Karin Engstler, betreffend die Einführung von Deutschförderklassen in Vorarlberg, zeigte FPÖ-Bildungssprecher Christoph Waibel. „Die Pläne zur Einführung von Deutschförderklassen für Schüler, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, finden unsere volle Unterstützung. ÖVP-Bildungslandesrätin Barbara Schöbi-Fink ist gefordert, in dieser Frage endlich klar Stellung zu beziehen und sich nicht hinter ihren Mitarbeitern zu verstecken“, fordert Waibel. Schließlich sei auch in Vorarlbergs Schulen der Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in den letzten Jahren noch einmal angestiegen. Es helfe doch niemandem, wenn Schüler im Unterricht sitzen und nur „Bahnhof“ verstünden, bemerkte Waibel.

SALZBURG 



FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Marlene Svazek:

Salzburger Frühling

Schütz' dieses Land

Bildtext

Freiheitliche läuten den Salzburger Frühling ein

Landes-FPÖ präsentiert ihre erste Plakatwelle für die Landtagswahl

Mit einer Plakatwelle und drei Slogans, entlehnt aus traditionellen Salzburger Landesliedern, starten die Freiheitlichen in den Salzburger Frühling.

„Der Frühling steht für den Aufbruch und für eine positive Veränderung in diesem Land“, verglich Salzburgs FPÖ-Spitzenkandidatin Marlene Svazek die anbrechende Jahreszeit mit der kommenden Landtagswahl. Zu lange schon würden die Salzburger auf positive Veränderungen bei den hohen Wohnungspreisen, der Verkehrsproblematik oder den sicherheitspoli-

litischen Herausforderungen warten. Bereiche, in denen die ÖVP in den letzten Jahren auf eine falsche Spur geraten ist: „Während Sebastian Kurz im Bund mit uns die neue Linie vertritt, reißt Wilfried Haslauer Verkehrsschikane und Bürgerbevormundung nicht ab. Salzburgs ÖVP imitiert bereits die Grünen!“

Mehr Sicherheit für Salzburg

Der erste FPÖ-Slogan „Schütz' unser Land“ beziehe sich nicht nur auf die Kriminalität, betonte Svazek. Es gehe auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Mit „Nutz' Herz und Vaständ“ spiele man auf

die soziale Ungerechtigkeit an, etwa die Nicht-Reform der Mindestsicherung: „Wir wollen soziale Gerechtigkeit sicherstellen. Es soll dort geholfen werden, wo auch Bedarf herrscht. Das ist zunächst bei den Salzburgern.“

„Schätz' dei Dahoam“ verweise auf die zahlreichen Umweltbaustellen im Land, erklärte Svazek: „Wir mussten zusehen, wie Grün und Schwarz ihre Agenden am Tisch großer Konzerne verbubelt haben. Es wird Zeit, dass sich in Salzburg etwas tut. Mit uns Freiheitlichen haben die Menschen endlich wieder eine Chance darauf!“

Bessere Politik fürs Land

Gemeinsam mit den freiheitlichen Nationalräten berieten die steirischen FPÖ-Landtagsabgeordneten auf ihrer Klausur im Museums-Center in Leoben die wichtigsten inhaltlichen Ziele für die nächsten Monaten.

Insgesamt 25 neue Initiativen wurden aus dem türkis-bauen Regierungsprogramms „Zusammen. Für unser Österreich“ für die Steiermark adaptiert. „Noch-SPÖ-Chef Schickhofer, der die neue Bundesregierung in unseriöser Art und Weise attackiert, soll als Lan-

deshauptmannstellvertreter zuerst vor der eigenen Haustür kehren“, bemerkte Landtagsklubobmann Stefan Hermann zu dessen Kritik am Budgetkurs der neuen Bundesregierung.

„Den Kasernenstandort Aigen hat Verteidigungsminister Mario Kunasek gesichert. Eines ist jedenfalls klar: Auch die Steiermark verdient sich eine bessere Politik, die nur mit einer starken FPÖ möglich ist. Die derzeitige Landesregierung hat ihr Ablaufdatum längst überschritten“, betonte Herrmann.

STEIERMARK 



Landesobmann Kunasek und Klubchef Herrmann auf Klausur.



LÄNDER-SACHE

Marene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Ein altes afrikanisches Sprichwort besagt, dass ein gesprochenes Wort wie ein freigelassener Vogel ist, den man nie wieder einfangen kann. So erscheint es daher fast rabenmütterlich, wie manch Gazettenlyriker erst mit dem geschriebenen Wort umgeht.

Tiere und Menschen

Letzte Woche wurde nämlich in der Redaktion der „Salzburger Nachrichten“ eine knusprige Ente gebraten, die sensationeller kaum schmecken könnte: Dort hieß es, ich würde die Aktivitäten einer seit Jahren verbotenen politischen Gruppierung verteidigen.

Klingt interessant und in Hinblick auf die Landtagswahl im April sogar fast spektakulär. Einziges Problem: Die Darstellung war frei erfunden und entsprach in keiner Weise der Realität. Klar, denn was kümmern dem geifernden Glaskugeljournalismus aufgabenbegrenzende Fakten, die eine Geschichte ruinieren könnten?

Und so setzten wir uns zur Wehr. Haben klargestellt, dass sie es nun mit einer FPÖ zu tun haben, die sich gegen derartige Anwürfe zu wehren weiß.

Ja, und auch wenn wir zunächst auf Widerstand gestoßen waren und es Energie gekostet hat, die Richtigstellung folgte schon am nächsten Tag.

Wir wissen, im Rennen um „Austrias Next Liederbuch“ wird in den kommenden Wochen noch so mancher Abenteuerjournalist die ein oder andere Falterblüte aus dem Ärmel schütteln, rücksichtslos und konsequent der nächste Bock durchs Dorf getrieben.

Und auch wenn man versucht, den Vogel wieder einzufangen, der Widerruf interessiert letztendlich niemanden mehr.

GEZWITSCHER



Christa M

@no_fakeaccount



In Österreich haben wir einen Oppositionsführer, der die Messerattacke einer seiner Gäste ignoriert, statt dessen Frauenvolksbegehren kameragerecht unterschreibt...

09.03.18 05:03

Klare Prioritätensetzung der SPÖ wie schon in der alten Koalition: Zuerst und einzig die Parteiinteressen. Was gehen uns die Bürger an?

Peter Rabl

@RablPeter



Alles gesunde Misstrauen gegen #Kickl. Aber Attacken von @KernChri und @Schieder im NR nicht sehr überzeugend.

19.03.18 06:12

Wundert's, wenn der Ex-Kanzler und sein Ex-Klubchef nicht einmal wissen (wollen), wie die Gewaltenteilung in Österreich funktioniert.

WHATSAPP



Teile der SPÖ treten massiv für die Einführung des Ausländerwahlrechts ein. Wir sagen: NEIN DANKE!

GEFÄLLT MIR



HC Strache

20.03.2018

Was sich in einigen U-Bahn Bereichen in Wien abspielt, ist verheerend und gefährlich... DANKE an alle Exekutivbeamten für ihren schwierigen Kampf gegen die Drogenkriminalität!



Polizei sagt Drogendealern in Wien den Kampf an. Eingang der U-Bahn-Linie U6 findet derzeit eine Schwerpunktaktion der Polizei gegen Drogendealer statt - mit großem Erfolg.

1.482 Personen gefällt das.

Vielleicht sollten die „Mercer“-Tester auch einmal U-Bahn fahren. Besondere Empfehlung die U6.

Wien: Messerattentatsserie mit „Mercer-Studie“ ausgekontert! Rathauspropaganda vom Feinsten – nur nicht die Wahrheit

Der ORF, wie auch Tageszeitungen, verkaufen Wien als „Lebenswerteste Stadt der Welt“ – entsprechend der Managerbefragung der „Mercer-Studie“.

Unser Karikaturist hat es in der Vorwoche schon vorausgesehen. Diesen Dienstag sprang den Medienkonsumenten die Lieblingsschlagzeile von SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl aus allen Zeitungen und auch dem Onlineportal des ORF entgegen.

Potemkinscher Titel

Bereits zum neunten Mal sei Wien der Titel „Lebenswerteste Stadt der Welt“ zuerkannt worden – von eben jener speziellen „Mercer Studie“. Pech nur, das diese Studie nicht die Einwohner oder Touristen



So sah es unser Karikaturist in der Vorwoche.

nach der Lebensqualität Wiens befragt, sondern Manager und Diplomaten. Die verbringen nur wenige Stunden oder ein paar Kongress-tage in der Stadt, aber fahren sicher nie Abends mit der U-Bahn, oder müssen nie einen halben Tag in einer Spitalsambulanz sitzen.

Nichtsdestotrotz springen die Medien auf den Inszenierung des

Rathauses auf und plustern die Bundeshauptstadt zur Potemkinschen „Wohlfühl-Hauptstadt“ und den SPÖ-Bürgermeister zu deren begnadeten Schöpfer auf.

Und schon sind die täglichen Messerstechereien, der von der Wiener SPÖ großzügig mit der Mindestsicherung gehätschelten Zuwanderer, vergessen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Dass die SPÖ einen Untersuchungsausschuss zur „Causa BVT“ im Alleingang beantragen will, stößt selbst dem „Standard“ sauer auf. Denn damit kann die SPÖ „die Dramaturgie“ im U-Ausschuss bestimmen. Die Zeitung erinnert an den Eurofighter-U-Ausschuss des

Vorjahres, in dem brachte die SPÖ das Kunststück zusammenbrachte, dass vor allem ihr Ex-Minister Norbert Darabos mit seinem Abfangjägerdeal in die Kritik geriet.

Über einen klaren Fall von „Inländerdiskriminierung“, den FPÖ-Bundesrat Michael Raml aufdeckte,



berichtet „Österreich“. Während Asylwerber zehn Nachhilfestunden um 30 Euro bekommen, müssen österreichische Schüler 100 Euro zahlen.

Und das, obwohl der Verein vom Land 204.796 Euro und von der Stadt Linz 16.000 Euro an Fördergelder erhalten hat.

Advertisement for FPÖ featuring HC Strache and Instagram links: www.instagram.com/fpoe_at, www.instagram.com/hcstrache

Schnell hin, nur noch bis 23. März „Eskalation“

Im Kosmos-Theater gibt's Bahn-zu-Brechendes – eine Theaterkabarettperformance

Ich bin in der Pause – ja, wirklich. In der Pause. Gegangen bin ich. Der Parkschein war bald abgelaufen. Nein. Nicht deswegen. Hätte sogar bis viertel zehn noch gegolten. Pause um neun.

Also in der Pressemappe ist gestanden, ich hab sie vorher gelesen. Da ist drin gestanden, die zwei Damen, erstens heißen sie Ulrike Haidacher und Antonia Stabinger. Und sie haben, steht da auch, zweitens Germanistik studiert. Hätt' ich nie. Ich weiß, dadurch bin ich oam. Arm. Oam.

Aber die zwei haben. Studiert, also eben Germanistik. Alle zwei. Und der Regisseur und Koautor – das hat nichts, nein, das hat nichts mit Koitus zu tun. Koautor. Der hat auch Germanistik studiert.

Rechtzeitig beim Auto

Ja, Kosmos-Theater. Geil. Zuerst die Amis. Der Gulda hat da, haben Sie nicht gewusst? der Gulda hat da gespielt. Dann ist es ein Kino geworden. Und dann ein Theater.

In der Pressemappe steht, dass die beiden Bahnbrechendes machen. Also die eine, ich kann nicht sagen, wer, die eine eben, hat einen gehabt. Die andere hat keinen gehabt. Was? Na, einen Busen. Oam. Ist ja egal. Ich hab es halt so gesehen. Ja, ich geb zu, fad. So was überhaupt bemerken. Stabile Eskalation. So heißt der Abend. Im Untertitel. Und im Obertitel Flüsterzweieck.

Originell. Eskalation heißt Steigerung. Ich hab nachgeschaut. Weil ich ja nicht Germanistik studiert hab, hab ich nachschauen müssen. Und obwohl ich nicht Germanistik studiert habe, werd ich auch einen Sketch schreiben. Das hab ich mir schon während der Eskalation vorgenommen. Einen geilen. So einen wie die zwei und der Koautor. Gar nicht fad. Wie bei einer Hochzeit, nicht fad. Oder wie beim Begräbnis. Auch geil.

Sesseldreifuß

Dann haben sie, nein, eine von den zweien, einen Sessel hinge-



Die Kritik „durchgedreht, abgefahren und verrückt“ trifft leider zu.

stellt. Und zwar so, dass ein Sesselbein in der Luft hing. Und da sollte sich eine draufsetzen. Aber die hat das gegneißt. Sagen die in Graz auch gegneißt? Denn die beiden sind keine Wienerinnen. Grazerinnen. Also hat sie sich nicht draufgesetzt. Wäre ja umgefallen. Hinuntergefallen wäre sie.

In der Pressemappe steht auch, dass die Wiener Zeitung „durchgedreht, abgefahren und verrückt“

geschrieben hat. Über den Abend. Und die Kleine Zeitung hat geschrieben „irritierend, verblüffend und gegen alle konventionellen Erwartungen“.

Um halb zehn zu Hause. Da haben die noch gespielt. Vor der Pause haben sie gesagt: Ja, die eine wird sich auf den, jaja, auf den Sessel mit dem einen Bein in der Luft, draufsetzen. Aber erst nach der Pause. Das hab ich nicht mehr erlebt. /w/

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



Steuern und Sozialversicherung 2017 Ein Wegweiser

Die noch von der rot-schwarzen Bundesregierung beschlossene Steuerreform brachte weniger als erhofft. Auch wenn das neue Regierungsprogramm nun vorsieht, die österreichischen Steuerzahler in den kommenden Jahren steuerlich zu entlasten, gelten diese Steuerbestimmungen noch für das Steuerjahr 2017.

Der vorliegende, vom ehemaligen Finanzsprecher der FPÖ im Parlamentsklub und nunmehrigen FPÖ-Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich - Staatssekretär M. Mag. Dr. Hubert Fuchs - federführend erstellte Leitfaden soll den Gang durch das Steuerdickicht erleichtern.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

FPÖ
BILDUNGSINSTITUT



Österreich verpflichtet Den Menschen im Wort

Mario Kunasek
Bundesminister für
Landesverteidigung

Heinz-Christian Strache
Vizekanzler, Bundesminister
für öffentlichen Dienst und Sport

Ing. Norbert Hofer
Bundesminister für Verkehr,
Innovation und Technologie

Herbert Kickl
Bundesminister
für Inneres

Dr. Karin Kneissl
Bundesministerin für Europa,
Integration und Äußeres

Mag. Beate Hartinger-Klein
Bundesministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und
Konsumentenschutz

MMag. DDr. Hubert Fuchs
Staatssekretär im
Bundesministerium für Finanzen

E I N L A D U N G

111 Tage

Bundesregierung

Samstag, 7. April 2018

Salzburg Congress
Auerspergstraße 6
Mozart Saal

ab 10.00 Uhr

Festredner: Vizekanzler
Heinz-Christian Strache

Um Anmeldung wird gebeten unter:
monika.holzer@fpoe.at oder Tel.: 01 5123535-25

